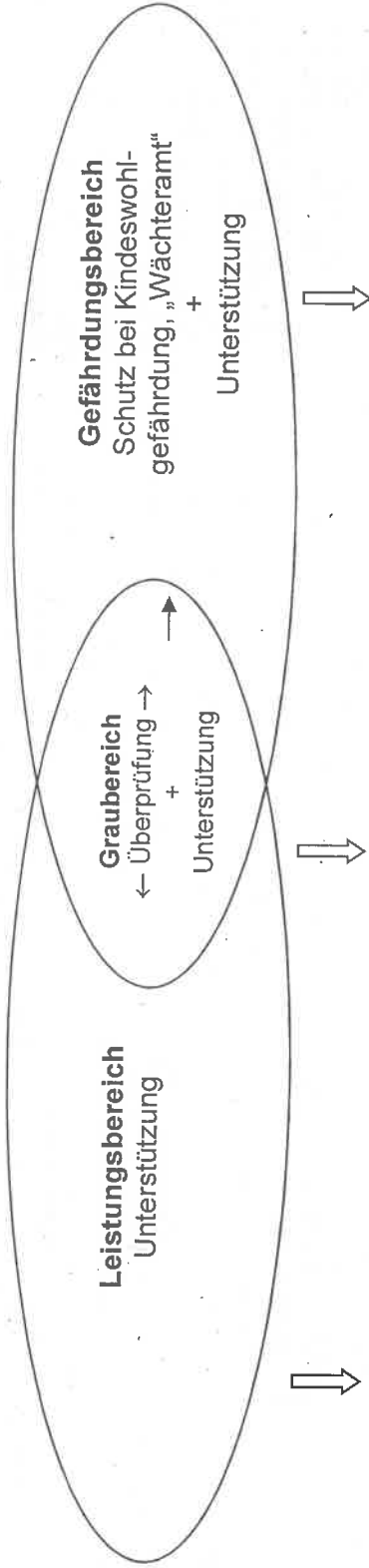


Arbeitsbereiche in der Jugendhilfe

Freiwilligkeit

Zwangskontakt



Ausgangspunkt und handlungsleitend sind:
 - der Wille/die Ziele der Betroffenen
 - Auftrag durch die Betroffenen

Kontrakt zwischen den Beteiligten

Liegen Indikatoren für eine Kindeswohlgefährdung vor?
 Ausgangspunkt:
 - Meldung durch Dritte
 - unklare Informationen/Vermutungen
 Aufträge des Jugendamtes

Bei Verschärfung des Zustandes:
 Konsequenz → Mitteilung / Antrag bei Gericht

Es liegen Indikatoren für Kindeswohlgefährdung vor in den Bereichen:

- körperliche Gewalt
- sexueller Missbrauch
- gesundheitliche Gefährdung
- Aufsichtspflichtverletzung
- Aufforderung zu schwerster Kriminalität

„seelische Verwahrlosung“

Bei akuter Gefährdung

Inobhutnahme durch Jugendamt

Bei Kooperation der Sorgeberechtigten (Wille zur Abwendung der Gefährdungssituation) erteilt das Jugendamt Auflagen.

Gefährdung vorliegt

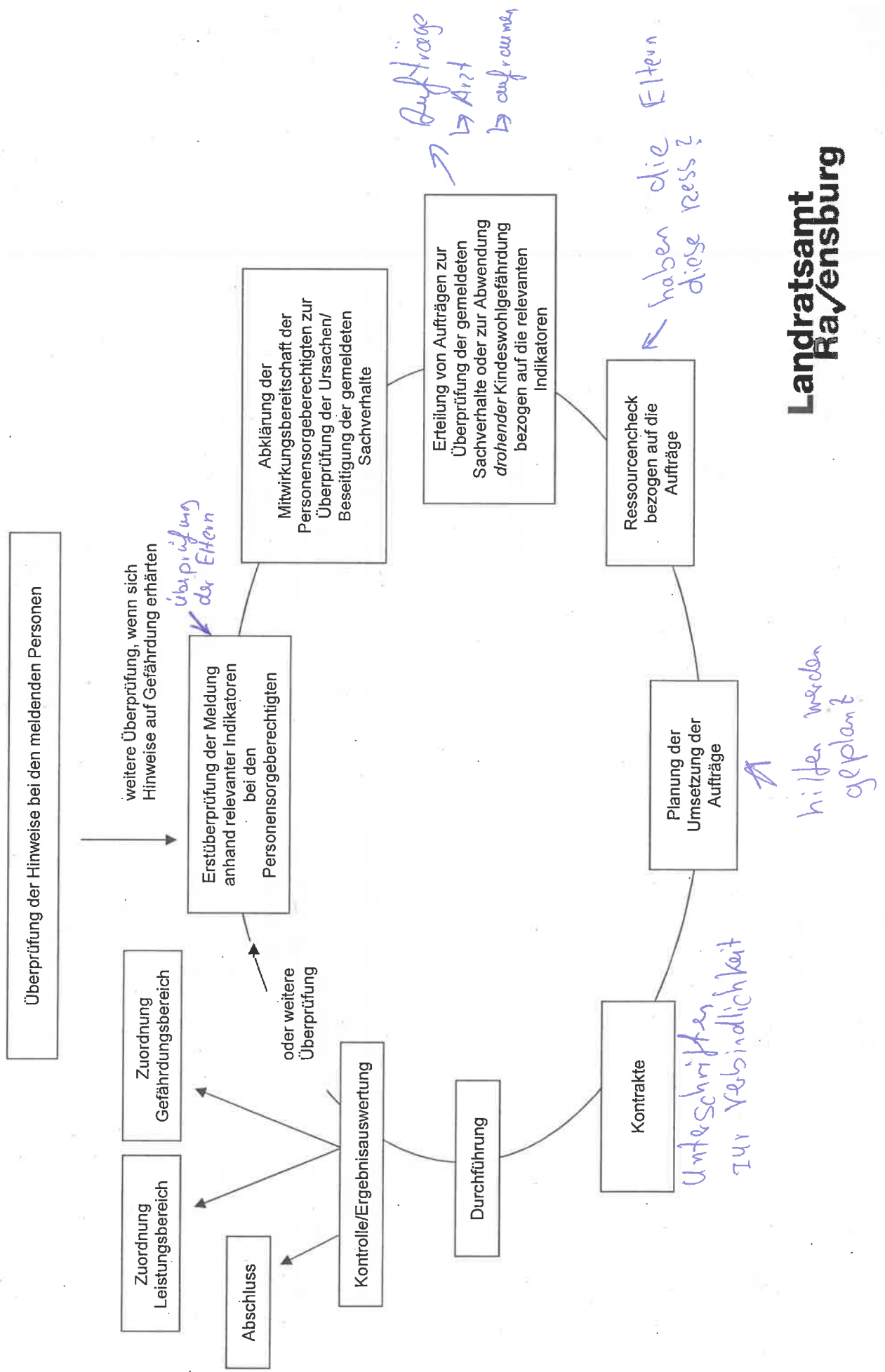
Auflagen erteilt werden

elterliche Sorge ruht

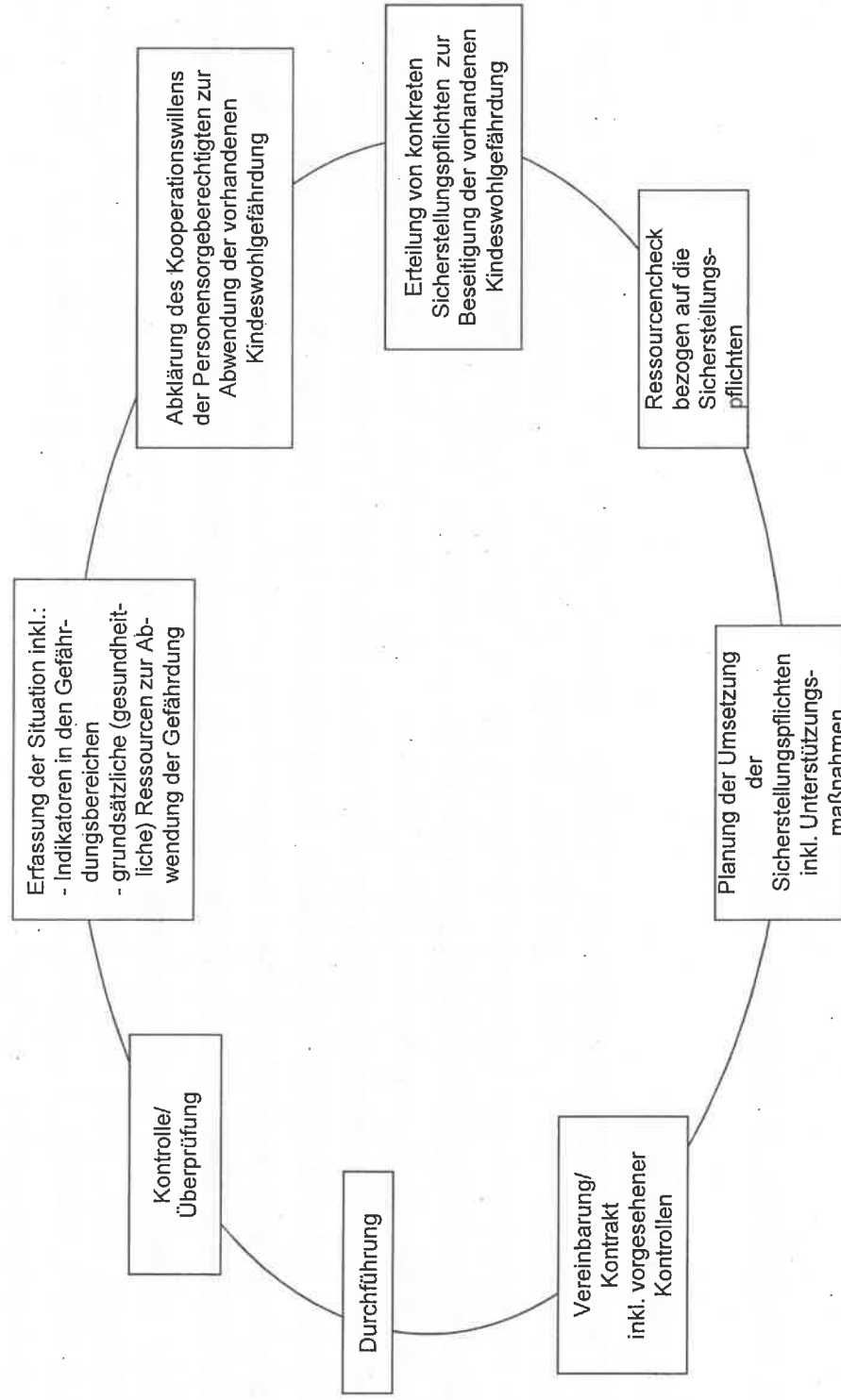
elterliche Sorge entzogen wird.

Bei Nicht-Kooperation entscheidet das Gericht, ob

Kindesschutz: Ressourcenorientiertes Vorgehen im Graubereich in Kooperation mit den Personensorgeberechtigten



Ressourcenorientiertes Vorgehen im Gefährdungsbereich in Kooperation mit den Personensorgeberechtigten



Auszug aus der Dienstanweisung zum § 8a

✓ 4. 4. Vorgehen im Schutzauftrag

4.1 Ersteinschätzung

Bei einer telefonischen/mündlichen externen Meldung ist mit der meldenden Person zunächst zu klären, ob es sich um einen Hinweis auf eine Kindeswohlgefährdung handelt. Handelt es sich um einen solchen, ist der **Erfassungsbogen für die Meldung einer Kindeswohlgefährdung (Anlage 2)** zu verwenden. Erfolgt eine schriftliche Mitteilung Dritter (z.B. anonymen Brief, Polizei...) ist ebenfalls eine Ersteinschätzung vorzunehmen und zu dokumentieren. Fehlen aufgrund der Ersteinschätzung zur Meldung noch weitere Informationen sind diese in geeigneter Weise in der Regel bei den Betroffenen einzuholen. Bestehen aufgrund der Ersteinschätzung eindeutig gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung ist entsprechend 4.2 weiter zu verfahren. Entsteht in einer laufenden Fallbearbeitung eines Beratungs- oder Leistungsfalls die Einschätzung, dass gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung vorliegen, ist dieser Fall ebenfalls entsprechend dieser Dienstanweisung zu behandeln und in die kollegiale Beratung einzubringen.

Auszug aus der Dienstanweisung zum § 8a

✓ 4.2 Risikoeinschätzung im Fachteam (Kollegiale Beratung)

Ist die Einschätzung beim gemeldeten oder aus eigener laufender Bearbeitung entstandenen Fall aufgrund der vorliegenden und eingeholten Informationen erfolgt und liegen gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung vor, ist der Fall in die kollegiale Beratung (**Anlage 3 oder 4**) einzubringen.

Mindeststandard für die Kollegiale Beratung ist die Beteiligung von drei Fachkräften (einbringende Fachkraft, SGL/Vertretung und mindestens eine weitere Fachkraft).

Bei unmittelbarem Handlungsbedarf ist zumindest mit einer weiteren Fachkraft zu beraten und die Beteiligung einer Leitungskraft baldmöglichst nachzuholen. Bei sofortigem Handlungsbedarf (Gefahr im Verzug) und keiner Möglichkeit der sofortigen Beratung mit weiteren Fachkräften, ist die kollegiale Beratung schnellstmöglich nachzuholen und die Sachgebietsleitung und Amtsleitung baldmöglichst zu informieren.

Auszug aus der Dienstanweisung zum § 8a

✓ 4.3 Dokumentation der Risikoeinschätzung

Für die Dokumentation der kollegialen Beratung beim Vorgehen im Schutzauftrag ist der **Dokumentationsbogen Kollegiale Beratung zur Kindeswohlgefährdung (Anlage 5)** zu verwenden. Die Amtsleitung ist in allen Gefährdungsfällen zu informieren und hat darauf zu achten, dass das Verfahren eingehalten wird.

Für die Überprüfung der Gefährdung durch einen Hausbesuch ist der **Dokumentationsbogen Risikoeinschätzung nach Hausbesuch (Anlage 3)** zu verwenden. Es ist zu prüfen, ob ein Hausbesuch zur Risikoeinschätzung zu zweit erforderlich ist (z.B. bei akuter Krise in zuvor nicht bekannter Familie, zu erwartender Gewaltbereitschaft). Wird von einem Hausbesuch abgesehen ist die fachliche Begründung zu dokumentieren.

Auszug aus der Dienstanweisung zum § 8a

✓ 4.4 Beteiligung der Betroffenen und Datenschutz

Die betroffenen Kinder und Jugendlichen und die Personensorgeberechtigten sind in die Einschätzung des Gefährdungsrisikos mit einzubeziehen, wenn hierdurch nicht der wirksame Schutz der Kinder/Jugendlichen in Frage gestellt wird.

Eine Erhebung von Sozialdaten ohne Mitwirkung der Betroffenen ist zur Erfüllung des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung entsprechend § 62 Abs. 3 SGB VIII zulässig, wenn eine Erhebung bei den Betroffenen nicht möglich ist oder die Wahrnehmung des Schutzauftrags eine Erhebung ohne Kenntnis der Betroffenen erforderlich macht.

Wird festgestellt, dass es sich um keine gewichtigen Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung handelt, endet die Bearbeitung entsprechend den Verfahrensregeln dieser Dienstanweisung. Dies ist zu dokumentieren (**Anlagen 3 und 5**) und mit den Betroffenen zu kommunizieren.

